

# Eden-für-Jeden-Zeitung

Blätter für den Erhalt der Grünflächen und Klimaschutz in Hamburg-Nord

Nr. 4 - 10/2014

## So kann man die Bürger nicht behandeln

Wieder einmal zeigt sich die bereits von vielen immer wieder beklagte mangelnde Transparenz bei der Durchführung öffentlicher Bauvorhaben in Hamburg. Diesmal in besonders krasser Weise in der Bezirksversammlung Hamburg Nord. Worum geht es? In der Bürgerfragestunde am 11. September stellten Mitglieder der Bürgerinitiative Eden-für-Jeden Fragen an den Bezirksamtsleiter Rösler und die Vorsitzende der Bezirksversammlung Wiedemann zum Bebauungsplanentwurf für das Projekt Pergolenviertel.

Bei der Durchsicht des neuen Bebauungsplanes hatten Mitglieder von Eden-für-Jeden neben anderen Mängeln auch festgestellt, dass bei einem der ausgelegten Gutachten 22 entscheidende Seiten fehlten, in denen die große stadtklimatische Bedeutung des Planungsgebietes für das Stadtklima in Hamburg-Nord festgestellt worden war. Dass die Planer dieses ganz bewusst getan hatten, beweist der Hinweis, dass es sich um einen Auszug aus dem Gutachten handele. Allein dieses ist schon ein unglaublicher Skandal, dass man gerade die entscheidenden Passagen eines Gutachtens offenbar der Öffentlichkeit vorenthalten wollte.

Aber es kommt noch schlimmer: Sowohl der Bezirksamtsleiter als auch die Vorsitzende der Bezirksversammlung sahen sich nicht in der Lage eine begründete Erklärung zu diesem Vorgang abzugeben. Er sei nicht auf dieses Thema vorbereitet, antwortete Herr Rösler und könne dazu keine Stellungnahme abgeben und Frau Wiedemann blockte ebenfalls ab und sprach gar von Unterstellungen. So kann man die Bürger in einer Demokratie nicht behandeln. Natürlich sind sowohl Herr Rösler als auch

Frau Wiedemann die großen Probleme und negativen Auswirkungen dieses Bauprojektes nur all zugut bekannt. Aber mit den Bürgern reden wollen sie darüber nicht. Die sollen weiter im Unwissenden gelassen werden.

Rund 500 Einwendungen, Stellungnahmen und Fehlerhinweise sind zu dem Bebauungsplanentwurf beim Bezirksamt Nord eingegangen. Nicht nur die betroffene

nen Kleingärtner und die Bürgerinnen und Bürger, die Einwendungen gegen den Bebauungsplan geschrieben haben, sondern auch alle anderen Bürger der Stadt erwarten jetzt von den Behörden und Politikern endlich Transparenz. Sie haben genug von deren Ignoranz, den Täuschungen und dem Unwillen sachlich und konstruktiv öffentlich über Probleme zu reden – frei nach der Devise: Mein Name ist Hase. Ich weiß von nichts.

### Ein fatales Demokratieverständnis!

Jetzt wissen wir es ganz genau: Der Senat will auf jeden Fall bauen. Basta! Alternativen gibt es für ihn nicht. Keine Kompromisse! In der Klageerwiderung an das Verwaltungsgericht beantragt die Finanzbehörde, als Bezirksaufsichtsbehörde, die Klage abzuweisen. Damit muss jetzt das Gericht über die Gültigkeit des erfolgreich durchgeführten Bürgerbegehrens entscheiden. Die politisch so gewollte Sichtweise gilt für den Senat allen vernünftigen anderen Argumenten gegenüber als unanfechtbar. Im Gegenteil: Er beruft sich auf sein Weisungsrecht gegenüber den Bezirken und eine mögliche Evokation, was heißt, er will der Bezirksversammlung Nord die Zuständigkeit für das Projekt entziehen und sie damit entmachten. Die Argumente von Bürgern oder gar Bürgerinitiativen wandern dann sowieso alle in den Papierkorb.

Die ganze angebliche und sehr kostenaufwändige Bürgerbeteiligung erweist sich damit immer mehr als reine Farce. Die Beteiligung des Bürgers besteht nur darin, dass er zuhören und zustimmen darf. Der Senat allein weiß, was gut und richtig ist. Dazu gehört auch seine einseitige Abwägung gegen den Klimaschutz.



### Sperber gelandet

Ein Sperberweibchen landete in einem Kleingarten der „Barmbeker Schweiz“. Ein Falkner kümmerte sich um den verletzten Vogel. Nach Wiederherstellung wird er wieder in seinem Revier freigelassen.

# Kleingärtner sollen die Zeche bezahlen

Das Kleingartenwesen in Deutschland ist ein Kind der sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts. Seine Entstehung hängt eng mit dem Wachsen der großen Städte zusammen. Den vielen Menschen, die aus den ländlichen Bereichen in die wachsenden Städte strömten, wollte man einen Ausgleich für ihre schwierige Situation in den engen Städten bieten: Eine neue soziale Gemeinschaft, ein Stück Grund und Boden – wenn auch nur gepachtet –, auf dem man eigenständig wirtschaften konnte, frisches Obst und Gemüse für den eignen Bedarf produzierte, einen Ort der Erholung und Entspannung für die ganze Familie. Kleingärten waren der Ausgleich für den schweren Arbeiteralltag in explodierenden Städten wie Berlin, Leipzig oder Hamburg.

## **Kleingärten müssen innerhalb der Stadt bleiben**

Dass es ausgerechnet die Sozialdemokraten sind, die sich jetzt immer wieder an der Zerstörung dieser Kleingärten beteiligen, zeigt drastisch wie weit sich die SPD von ihren Gründungsvätern entfernt hat, denn diese hatten sich immer als Verantwortliche für die Benachteiligten der Gesellschaft gefühlt. Zurzeit würde man am liebsten die Kleingärten an die Ränder der Stadt verlegen, wegen angeblich höherer politischer Ziele. Heute braucht man diese Flächen angeblich für den Wohnungsbau, morgen für kurzfristige Events wie die Olympischen Spiele usw. Dabei haben die Kleingärten ihren Sinn gerade darin, dass sie inmitten der Stadt liegen, damit sie auch der weniger betuchte Bürger gut erreichen kann. Fern von der Wohnung nützen sie den Bürgern wenig. Weite Wege kosten Geld und viel Zeit und sind zudem noch wenig umweltverträglich (Es gibt ca. 33.500 Kleingärtner in Hamburg)

Opfer dieses politischen Trends sind auch die Kleingärtner der Vereine „Heimat“ und „Barmbecker Schweiz“ zwischen Hebebrandstraße und Alter Wöhr in Hamburg-Nord. Sie sollen aus ihren naturnahen Gärten vertrieben werden, die sie zum Teil seit vielen Jahrzehnten bewirtschaften und pflegen, wo sie sich erholen und ihre Freizeit verbringen. Man will ihnen ihre Lauben wegnehmen, ihre Bäume abholzen, ihre Pflanzen zerstören. Die reiche Tierwelt geht gleich mit zugrunde.

## **Geplant sind „schöne neue Gärten mit Pergolen“**

Selbst dort, wo nicht gebaut werden wird, soll alles gleich mit abgeräumt werden. Die Planer versprechen den Kleingärtnern „schöne neue Gärten mit Pergolen“, allerdings nur mit „schwarzer Erde“ und ohne die vorgeschriebene Laube. Dazu sollen diese Gärten kleiner werden. Es werden auch viel weniger sein. Und das alles mit einem hohen finanziellem Aufwand!

## **Die bisherigen Kleingärtner werden einfach vertrieben**

Die jetzt noch dort lebenden Kleingärtner werden zuvor vom Senat und der Bezirksbehörde kaltschnäuzig abgefunden – dieses kommt einer Enteignung gleich. Ihnen droht Kündigung und Räumung. Ihre noch auf Jahrzehnte hinaus funktionsfähigen Lauben werden einfach abgerissen. Die Entschädigung ist kaum nennenswert, denn nach Ansicht der Behörden sind die „alten“ Lauben längst abgeschrieben – also nichts mehr wert, sozusagen Schrott. Vom Wert der Pflanzen und der übrigen Garten-Einrichtung ganz zu schweigen. Für eine neue Laube, für neue Pflanzen und für eine neue Einrichtung des Gartens aber haben viele der bisherigen Klein-

gartenbesitzer nicht genügend finanzielle Mittel und vor allem auch nicht mehr genügend Kraft, sind doch unter ihnen viele Ältere, für die ihr Garten ein Mittelpunkt ihres Lebens und ein Ort sozialer Verbundenheit ist. Und die Familien mit Kindern bleiben dann auch außen vor.

Das wissen natürlich auch die Planer in den Behörden und kalkulieren zynisch schon einen gewissen Schwund bei den Bewerbern um die neuen Kleingärten ein. Allerdings wissen sie offenbar überhaupt nicht, was sie damit vielen Menschen antun. Es interessiert sie nicht besonders.

## **Das Fell des Bären wird bereits verteilt**

Die Investoren aber scharren schon mit den Hufen. In einem sogenannten „Interessenten-Netzwerk Pergolenviertel“ des Bezirksamtes Nord können sie jetzt ihre Phantasien austoben und ihre Wünsche und Forderungen stellen. Da werden die Planer sehr genau zuhören und die Kleingärtner sind ganz schnell vergessen. Sie sind einfach nur Verfügungsmasse und müssen auch noch die Zeche bezahlen Das Fell des Bären jedoch verteilen andere unter sich. Wohnungsbau um jeden Preis, Wohnungsbau auf Kosten der Natur und vor allem auf Kosten der dort lebenden Menschen kann doch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Von der sozialen Gerechtigkeit ganz zu schweigen.

[www.eden-fuer-jeden.de](http://www.eden-fuer-jeden.de)

E-Mail: [info@eden-fuer-jeden.de](mailto:info@eden-fuer-jeden.de)

Redaktion:

Bürgerinitiative „Eden für Jeden“

Kaemmererufer 12 E,  
22303 Hamburg

V.i.S.d.P.: Gerhard Dräger